

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

288 (17.10.1919) Erstes und Zweites Blatt

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

**Wochenpreis:**  
in Karlsruhe frei ins Haus  
abwärts monatlich 1,90 Mk.,  
vierteljährlich 5,70 Mk., an  
den Ausgabestellen abgeholt  
monatlich 1,80 Mk.  
Auswärts am Postfahrrad  
abgeholt 5,40 Mk., viertel-  
jährlich, durch den Brief-  
träger frei ins Haus ge-  
bracht 6,45 Mk.  
Einzelnnummer 10 Pf.

**Verlag, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle**  
Mitterstraße 1.

**Anzeigen:**  
Die Ogel. Nonpareilseite  
ober dem Raum 30 Pf.,  
Metallseite 1,25 Pf., an  
erster Stelle 1,50 Pf.  
Auf diese Preise  
80% Feuerungsanlag.  
Kauf nach Tarif.  
Anzeigenannahme  
bis 12 Uhr mittags,  
kleinere Anzeigen (Anzeigen  
bis 4 Uhr nachmittags,  
Bermittlungsstelle  
Geschäftsstelle Nr. 203,  
Verlag Nr. 297,  
Schriftleitung Nr. 20u. 204

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Glattinger; für den Vertrieb: Dr. Kurt Glattinger; für den Druck: Dr. Kurt Glattinger; für den Vertrieb: Dr. Kurt Glattinger; für den Druck: Dr. Kurt Glattinger.

116. Jahrg. Nr. 288.

Freitag, den 17. Oktober 1919

Erstes Blatt.

## Haben wir eine Demokratie in Deutschland?

Von Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Emil Abderhalden,  
Halle a. S.

Die deutsche Nationalversammlung hat eine Verfassung verabschiedet, die in vieler Beziehung die freieste der Welt genannt werden darf. Der Rahmen ist geschaffen, innerhalb dessen höchste soziale Aufgaben erfolgreich gelöst werden können. Unwiderlich drängt sich uns die Frage auf, ob wir jetzt in Deutschland eine wahre politische und wirtschaftliche Demokratie haben. Um sie beantworten zu können, müssen wir uns die obersten Grundzüge der wahren Demokratie vor Augen halten.

Der fundamentalste Grundsatz der Demokratie ist neben gleichen Rechten aller Volksgenossen die Pflichterfüllung bis zum Äußersten im Interesse der Allgemeinheit. Jeder hat an seiner Stelle, auch wenn es ihm schwer wird und ihm die neue Zeit schwere und schwerere Opfer auferlegt, noch in viel höherem Maße als früher seine Pflicht zu tun. Das ganze Denken und Handeln muß auf die Schaffung der besten sozialen Bedingungen für das gesamte Volk eingeleitet sein. Jeder muß über seine Berufsarbeit hinaus für die Allgemeinheit noch etwas besonderes leisten.

Erfordert schon die reine Demokratie höchste Pflichterfüllung, so ist das in noch viel größerem Maße der Fall, wenn Betriebe der Allgemeinheit zuerkannt werden. Mit der Sozialisierung erlischt das Streikrecht von selbst, immer vorausgesetzt, daß echte Demokratie weitgehend ist. Ein Betrieb, von dessen Ertrag die Allgemeinheit in ihrer ganzen Lebenshaltung abhängig ist, darf nicht still gelegt werden, soll nicht der ganze Volkswirtschaft schweren Schaden leiden. In noch viel höherem Maße verlangt der Kommunismus Idealmen, denen jeder egoistische Zug vollständig fehlt!

Wissen wir bei der Demokratie? Sie kann nicht von heute auf morgen voll erblühen! Vor allem muß die demokratische Entwicklung des Wirtschaftslebens Zeit haben. Nicht eine Theorie darf bestimmend sein. Die Wirklichkeit muß entscheiden. Das Wirtschaftsleben gestattet keine unvermittelten Sprünge. Überall ist eine Entwicklung notwendig.

Es gehört ein unzerstörbarer, fester Glaube an den Wert des deutschen Volkes, um nicht an seiner Zukunft zu verzweifeln. Aus eigenem Willen hat es sich einen neuen Weg gebahnt. Andere betreten ihm still, aber doch frohen Mutes. Wieder andere gingen zögernd und widerwillig mit, um ihn bald zu verlassen und den alten verhassteten Pfad wieder aufzusuchen, um auf ihm weiter zu streben. Gar viele sind auf dem neuen Weg erlahmt. Viele stehen unbeholfen auf ihm und haben jede Orientierung verloren. Er ist leider nicht klar und deutlich vorgezeichnet worden! In vielen Stellen wurde er zerstückelt und an noch mehr ausgetreten. Nicht eine Pflichtbewusste Masse zog ihres Weges! Rechte! Viel Rechte! Halte es, dagegen fehlte die Erfüllung der Pflicht! Niemand war da, um den Weg unverwundlich auszubauen und für alle Zeiten festlegen. An Stelle des gemeinsamen Weges in die neue Zukunft trat der Kampf. Zu niemandens Nutzen erstehen schwierige Beschuldigungen die gemeinsame Arbeit. Kein Verzicht der gegenseitigen Verständigung! Kein Ausgleich! Kein sich Hineinfügen in die Bedürfnisse der verschiedensten Volksschichten. Das und Feindschaft auf der ganzen Linie. Statt des äußeren Feindes viel unversöhnlichere Feindschaft im Innern. Kein Wille zur gemeinsamen Arbeit zum Wiederaufbau des abgebauten Vaterlandes. Überall eine Unwahrscheinlichkeit, wie sie größer kaum sein kann. Kein Volkswille zur rückwärtslosen Wahrheit. Kein Wirtschaftswille. Dazu Feigheit in weiten Volksschichten. Nicht vor den Tatsachen!

Der Zusammenbruch Deutschlands ist noch nicht vollendet. Infolge des Fehlens der wahren Demokratie kürzt das Volk immer tiefer. Land und Meer sinkt der Kredit im gesamten Reich der Diktatur, der im Ausland gegenüber der deutschen Leistungsfähigkeit herrscht. Man glaubte an die deutsche Kraft, an die deutsche Fähigkeit. Man glaubte fest an den Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Wohl warnte Welt sie nicht reif für eine Demokratie! Vollste Nie werde der Deutsche die harte Faust entschlossen können. Sollen diese Urteile über deutsches Wesen recht behalten?

Darüber kann kein Zweifel sein, daß von einer reinen, wahren Demokratie im deutschen Lande leider noch sehr wenig zu verspüren ist. Sie müßte, wenn sie sich voll entfalten hätte, alle Kreise des Volkes mit sich fortziehen! Nur nämlich das gesamte Volk erfüllen, betten, in gemeinsamer Arbeit rastlos zu arbeiten gleichwertig wäre. Inwiefern Liebe zum Vaterlande müßte aus dieser Aufbaubarkeit entspringen. Mit Freuden müßte jeder für das

niedergeborene Vaterland Opfer bringen. Auf Trümmern läßt es sich schlecht verhandeln und noch weniger lassen sich Forderungen erfüllen.

## Dr. Koch.

Dr. Koch, von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

Der neue Reichsminister des Innern Dr. Koch hielt gestern in der Nationalversammlung seine Antritts- und Programmrede. Er ist ein Mann, dessen anerkannter Laik, dessen politische Einsicht und dessen Organisations-talent ihn in kurzer Zeit bis auf seinen jetzigen verantwortungsvollen Platz geführt haben. Auch gestern war der persönliche Eindruck sehr günstig. Aber freilich, die politische Allgemeinsituation und besonders die durch die fortwährende Streikgefahr stark belastete Berliner Stimmung brachten einen ziemlich negativen Gegenstand zu dem an und für sich gewiß sehr erfreulichen Optimismus des neuen Ministers. Gewiß hat er recht mit dem zum Trost gegebenen Hinweis darauf, daß eine solche gewaltige Erziehung, wie sie Deutschland durch den vierjährigen Krieg erteilt hat, nicht in einem Jahre überwinden sein kann; in anderen Ländern seien die revolutionären Störungen noch viel schlimmer und andauernder gewesen. Nur muß hierauf erwidert werden, daß heute deutsche Zeitgenossen doch ganz anders gewertet werden müssen als in früheren Jahrhunderten und daß wir auf einen tröstlichen Vergleich mit russischen Zuständen denn doch lieber verzichten wollen.

Positiv war die Rede des Ministers, wie die energische Betonung des Ordnungsprogramms sehr wertvoll, vor allem deshalb, weil man eben zu seiner Persönlichkeit auch das Vertrauen hat, daß er Taten hinter seine Worte setzen wird. Diese Loyalität wird, wie man wenigstens meinen soll, zunächst dadurch erleichtert werden, daß er rückhaltlos auf dem Boden der Weimarer Verfassung steht. Es wird sich nun aber zu zeigen haben, ob der Nachwille der Sozialdemokratie ein praktisches Zusammenarbeiten auf dieser Grundlage zu dem Zwecke, Ordnung und Wirtschaft wieder herzustellen, ermöglicht. Schon die nächsten Wochen werden über diese Grundfragen mehr Klarheit bringen. Die Tatsache, daß die demokratische Partei sich gegen die von allen sozialistischen Gruppen proklamierte Erhebung des 9. November zum Nationalfeiertag ausgesprochen hat, zeigt, wo und wie hart sich die Geister scheiden.

Eine staatliche Anstandsspflicht und zugleich auch Notwendigkeit für den Staat selbst ist das Versprechen einer zeitgemäßen Bewertung besonders des höheren Beamtenums. Dann wird man diesem offiziellen Vertreter des neuen Reiches, aber keine starke Zentralisation. Der Beisatz, den der Minister immer wieder und keineswegs nur von Parteifreunden erhob, war bemerkenswert stark und herzlich. Am einzelnen hat Herr Koch dann noch für das nächste Frühjahr eine große Schulkonferenz angekündigt, für die schon in nächster Zeit Vorbesprechungen stattfinden sollen. Alle pädagogischen Richtungen sollen dabei zur Geltung kommen, und die gesamte deutsche Erziehung soll auf eine neue Grundlage gestellt werden. An unserem Schulwesen ist in der Tat sehr viel zu reformieren. Die Forderung, die der Minister gestern ausgab: Erziehung zum nationalen Selbstbewußtsein, nicht zum Chauvinismus, verdient z. B. als neue Begreifung zur deutschen Kulturpolitik vollständige Zustimmung, aber gegen ein Massenauflöser von Pädagogen, um das kranke Deutschland zu heilen, erheben sich von verschiedenen Seiten Bedenken, da starke Neigungen zu radikalen Experimenten befürchtet werden.

## Zur Verschiebung der Pause in der National- versammlung.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. Berlin, 16. Okt. Der Beschluß des Vorkommens-schusses der Nationalversammlung, eine Vertagung der Vollkammern nicht vor dem 30. Okt. einzutreten zu lassen und den Etat sowie die Reichsabgabenordnung bis zu diesem Termin zu erledigen, dürfte wesentlich mit auf die Erwägung zurückzuführen sein, daß für die nächsten Wochen infolge der radikalen Streikagitation eine Verhinderung der inneren Lage zu befürchten ist, die auch auf die Arbeit der Nationalversammlung zurückwirken würde. Durch die Erledigung des Etats und der Staatshaushalts soll die Regierung selbst für den Fall eines vorübergehenden Verfalls der Reichsverwaltung und des Aufbaues fortsetzen können.

Tag um Tag vergeht ohne nützliche Arbeit! Tausende von Kindern sterben, weil die so notwendige Milch und der notwendige Kleiderwechsel fehlt. Wir könnten leicht Zehntausende von

## Der Berliner Streik.

Der Ausfall der Berliner Rathausbeamten.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 16. Okt. (Wolff.) Wie der Berliner Magistrat berichtet, ist die Zahl der arbeitswilligen Bureauhilfskräfte heute erheblich gestiegen. Vor den städtischen Gebäuden sind seit dem frühen Morgen militärische Wachen aufgestellt, da es geübt zwischen Streikenden und Privatleuten zu ernstlichen Differenzen gekommen ist.

Ein Aufruf der Gewerkschaften.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 16. Okt. Die „Freiheit“ veröffentlicht einen Aufruf der Gewerkschaften und der 15er Kommission an die Geister und Maschinen, der auch an sämtliche Berliner Elektrizitätsarbeiter erlassen wurde. Unverkennbar ist die Arbeit niederkulegen. Nach der „Freiheit“ ist die Ursache für diesen Beschluß die Weigerung der Unternehmer, auf Grund des letzten Einlassensbeschlusses des Reichsministers zu verhandeln und 2. der Einlass der Technischen Hochschule in Charlottenburg.

Betroffene Wending im Metallarbeiterstreik.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 16. Okt. (Wolff.) Infolge des gestrigen Streikbeschlusses der Metallarbeiter sind eine bedrohliche Entwicklung zu nehmen. Ein großer Teil der Elektrizitätsarbeiter erklärte, sie würden heute nachmittags die Stromlieferung für die Straßenbahnen und die Beleuchtung einstellen. Die Sitzung der Arbeiter- und Arbeitgeber findet heute nachmittags statt. Es ist möglich, daß es auf Grund der Vorzüge des Reichsberaters zu einer Einigung über die Verhängung der Entlassung kommt. Die Regierung ist entschlossen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln vorzugehen, um 1. Selbstgefahr zu verhindern und 2. dem für die Allgemeinheit eine Lebensnotwendigkeit darstellenden Strom durch Einsetzen der Technischen Hochschule zu erhalten. Eine einschneidende Widerstand würde gebrochen werden.

h. Berlin, 16. Okt. (Eig. Drahtber.) Aus den Kreisen der Metallindustrie wird mitgeteilt, daß der Streik im ganzen bisher 100 000 Metallarbeiter umfaßt.

Terror in Moabit.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 16. Okt. (Wolff.) Das Oberkommando in den Marken teilt mit: Eine kleine Wache von radikalen Elementen im Moabitischen städtischen Elektrizitätswerk hat dem Berliner Magistrat die Forderung gestellt, daß entweder die Stromlieferung für die Straßenbahnen eingestellt wird, oder sie legen die Arbeit nieder. Der Berliner Magistrat hat sich diesem Terror gefügt. Der Oberbefehlshaber in den Marken, Koste, der davon Kenntnis erhielt, hat daraufhin verfügt, daß der Betrieb der Straßenbahnen und des elektrischen Kraftwerkes für alle lebenswichtigen Betriebe und die Verkehrsmittel aufrechtzuerhalten wird.

Neußöll ohne Gas.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 16. Okt. Der „A. S. am Mittag“ zufolge haben die Gasarbeiter Neußöll zur Unterstützung der Forderungen der Bürohilfsarbeiter und der Metallarbeiter die Arbeit eingestellt, so daß Neußöll seit heute früh ohne Gas ist. Der Rat der Vorstände der Krankenkassen, diesen Betrieb als lebenswichtig anzuerkennen, ist von der Streikleitung rund abgelehnt worden. Aus den Bürosäumen der Krankenkassen wurden gestern nachmittags 12 Beamten von eindringenden Streikposten mit Gewalt entfernt.

Das entscheidende politische Mittel.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. Berlin, 16. Okt. Der „Vorwärts“ schreibt an der acemvärtaien Streikbewegung, es ache jetzt nicht mehr die Forderung der Bureauhilfskräfte und Metallarbeiter, sondern um die Erhöhung der Löhne sämtlicher Arbeiter in Groß-Berlin. In einer Verammlung der Unabhängigen hat Adolf Hoffmann die Streikdaffe als das entscheidende politische Mittel bezeichnet, trotzdem die Führer des Streiks erklären jede Verantwortung für dessen Folgen abzuschneiden.

Wielung des englisch-perusschen Abkommens.

(Eigener Drahtbericht.)  
Bern, 16. Okt. (Wolff.) Wie die „Tribune de Genève“ aus zuverlässiger amtlicher Quelle erfährt, ist die Provinz Aherbeidisch an im Zustand gegen die Regierung von Tcheran beariffen. Die Unruhen haben ihre Ursache in dem persischen englischen Abkommen. Der Generalgouverneur von Tcheran ist von den Anrueranten abgesetzt worden.

Turtelstan.

(Eigener Drahtbericht.)  
London, 16. Okt. (Wolff.) Die „Times“ melden von der Ostfront vom 12. Oktober: Die Rote Armee in Ostturkestan wurde umzingelt und zermalmte, sich bedingungslos ergeben. Es wurden 85 000 Gefangene gemacht.

Kindern ins neutrale Ausland bringen und manches Leben retten, allein der Sturz der Woluta verhindert das. Es fehlen die Mittel. Mit banger Sorge sehen wir dem Winter entgegen. Die Nahrungszufuhr sinkt. Niemand weiß, womit er seine Stube wärmen soll. Die Wissenschaft steht allmählich still. Die Laboratorien müssen feiern, weil das Gas fehlt. Überall droht das Gespenst des völligen Zusammenbruchs.

Diese ganze Lage hat mit Demokratie nichts zu tun. Sie würde uns bei ihrer Durchführung sofort Besserung bringen. Sie müßte eine Einstellung des Klassenkampfes bringen. Demokratie ohne gegenseitige Achtung und Liebe ist undenkbar.

Die wahren Demokraten müssen sich klar bewußt bleiben, daß die Annahme der demokratischen Verfassung nicht gleichwertig mit der wirklichen Durchführung der Demokratie ist! Unablässig muß am Volk gearbeitet werden. Nicht Interessenspolitik gilt es zu verfolgen! Höchste soziale Leistungen im Interesse des Gesamtvolkes des Volkes heißt es zu vollbringen. Pflicht und wieder Pflicht heißt es fordern. Fort mit Wahrheit und der Freiheit! Wiffen wir ohne jede Ausflucht den Tatsachen unerschrocken in die Augen! Wir rufen dem Abgrund zu. Fordern wir reifliche Wahrheit auf der ganzen Linie. Das Volk hat ein Recht darauf zu wissen, wie es um es und seine Zukunft steht!

## Eine deutsche Note wegen der Räumung des Baltikums.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Okt. (Wolff.) Dem Vertreter des Reichs nach ist heute folgende Note übergeben worden:  
Die a. und a. Regierungen haben die deutsche Regierung zum ersten Male in ihrer Mitteilung vom 18. Juni zur Räumung des Baltikums und Estlands aufzufordern lassen, nachdem sie noch im Mai ausdrücklich besungen und ungeduldet der Proteste der deutschen Truppen von dort nicht zurückgezogen werden sollten. Seitdem ist die deutsche Regierung unablässig und ernsthaft bemüht gewesen, die Zurückziehung der Truppen durchzuführen. Sie hat alle ihr zu Gebote stehenden Mittel angewandt, um den Widerstand der Truppen zu brechen, die sich um das ihnen von der lettischen Regierung verweigerte Einbürgerungsrecht und die erfolglose Anhebungsmöglichkeit gekämpft haben. Sie hat schließlich den widerständigen Truppen den Sold, den Pensions- und die sonstigen Leistungen gezahlt und ihnen sogar die bereits erworbenen Ansprüche auf höhere Versorgung entzogen. Sie hat die Weisungen getroffen, jedweden Versuch von Munitions- und Munitionsnachschüssen unterbunden und hat zu diesem Zwecke den gesamten Vertriebsverkehr nach dem Baltikum gesperrt und die Überwachung aller Grenzstationen durch besondere Beauftragte angeordnet.

Dies alles zeigt, daß die deutsche Regierung keine Veranlassung aneben hat, so einschneidende Maßnahmen zu erlassen, wie sie in den Noten der a. und a. Regierungen vorgebracht sind. Die deutsche Regierung hat auch nicht abgesehen, den General von der Goltz aus dem Baltikum abzurufen. Sie hat vielmehr lebhaft darauf hingewirkt, daß es sich um eine innerdeutsche Angelegenheit handelt. Tatsächlich ist Graf von der Goltz damals abgerufen worden. Erst die bald nach seiner Abreise erfolgte Meuterei der Eisenen Division veranlaßte ihn, aus eigenem Entschluß nach Mittau zurückzukehren. Diese vorübergehende Rückkehr wurde auch nur deshalb abgeduldet, weil Graf von der Goltz noch am ehesten den unzufriedenen Truppen gegenüber anständig Autorität zu haben schien, um sie zur Befolgung des Abmarschbefehles zu bestimmen. Ein Teil der Truppen ist denn auch damals seinen Anordnungen gefolgt. Als aber auch sein Einfluß zu verfallen begann, ist Graf von der Goltz endgültig abgerufen und nach Berlin befohlen worden. Anzweifelhaft hat General von Gherhard als sein Nachfolger den Befehl übernommen. Die deutsche Regierung hat keine neue Regierung in jenen Gebieten anerkannt, noch mit einer solchen irgendwelche Verbindungen. Sie hat den deutschen Soldaten strengstens verboten, in russische Formationen einzutreten, und mit denen, die dies trotzdem getan haben, jede Verbindung abzuschneiden. Es befindet sich bei den russischen Kampftruppen im Baltikum kein einziger deutscher Soldat, aber den die deutsche Regierung noch eine Befehlsauswahl ausüben könnte. An der Ostfront des Generals Anwaloff-Vermond sind keine deutsche Kommandos unterstellten Truppen beteiligt. Die politischen Mächte Anwaloff-Vermonds werden in keiner Weise abhellig. Deutschland hat weder gegen das lettische Reich, noch gegen das russische Volk irgendwelche kriegerischen Absichten. Die deutsche Regierung nimmt acne davon Kenntnis, daß die a. und a. Regierungen eine interalliierte Kommission nach den baltischen Provinzen entsenden wollen. Sie bittet, diese Kommission sobald wie möglich abzurufen und zur Vorbereitung mit den hiesigen Stellen einen kurzen Aufenthalt in Berlin nehmen zu lassen. Die Kommission wird sich durch ihr eigenes Urteil überreden, daß die gegen die deutsche Regierung erhobenen Vorwürfe nicht aufrechterhalten werden können.

Die Blockierung Sowjet-Rußland.

Bern, 15. Okt. (Wolff.) Nach Mitteilung der internationalen Marinekommission erwidert sich die Sperre für deutsche Schiffe in der Ostsee auch auf die deutsche Territorialwirtschaft auf. Derartiges droht die Verhältnisse, man

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

bente nur an die zahlreichsten Fischerboote, sind nur...
Ar. 288. Seite 2

Brand in Riga.
b. Berlin, 15. Okt. Nach einer Meldung des „Berl.
Lokalana.“ aus Delfinators steht ein großer Teil
Rigas in Flammen. Ueber die Stadt wurde
die Plünderung herbeigeführt.

Deutsche Nationalversammlung.
(Eigener Drahtbericht.)

W. Berlin, 16. Okt.
Eröffnung der Sitzung um 1.30 Uhr nachmittags.
Den mündlichen Bericht des
parlamentarischen Untersuchungsausschusses
über die Unterabschüsse, den Arbeitsplan usw.
erzählt Abg. Dr. Petersen (Dem.). Vom Unterabschuss
wird u. a. beantragt, daß sämtliche von dem
Untersuchungsausschuss zu bezeichnenden Beamten von der
Pflicht zur Amtsschwärze befreit werden.
Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.
Es folgt die

Interpellation Arnstadt
über gesetzliche Einführung der Zensur für
Dichtspiele, gesetzliche Maßnahmen zur
Beschränkung der Schmutz- und Schundliteratur,
sowie zum Schutze der Jugend vor öffentlichen
Schaustellungen und Darbietungen.
Abg. Mumm (D.R.): Die Gefahren für unser
Volk, die aus der Schundliteratur und den ungenü-
gend kontrollierten Schindeln drohen, sind so groß, daß unter
Distanzierung aller Parteigegensätze sich eine Partei
der anständigen Leute bilden sollte, die dagegen vor-
geht, zumal von der Regierung nichts geschieht. Der
durchgängige Charakter der Schindelliteratur in
Berlin und in der Provinz ist Volkerverwilderung
(Schmücker Art). Das beste Mittel dagegen wäre
eine Sozialisierung. Ich persönlich würde
eine Sozialisierung für erwägenswert halten.
Wäre das S.K.O. nicht eine Einheitsliste für
die Kommunisten? Gernelle Wigblatter nehmen
die Revolution zum Vorwand, um sich selbst auszu-
geben.
Minister Dr. Koch: Alle gesunden Kräfte unseres
Volkes müssen zusammenstehen, um gegen den
Schmutz vorzugehen. Ich lasse eine Novelle ausar-
beiten über die Zensur für Kinotheater,
die Ihnen bald zugehen wird. Durch die Gesetz-
gebung werden den Gemeinden Mittel an die Hand
gegeben, das Kino in den Dienst der Volksbildung
zu stellen und seine Auswüchse zu unterdrücken.
Schwieriger ist die Frage der Schundliteratur.
Die Polizei hat scheinbar ihre Mittel nicht überall
ausgenutzt. Bevor ich aber hier an ein Gesetz heran-
gehe, will ich umfangreiche Verhandlungen mit Sach-
verständigen abhalten. Die Vollmacht zur Bekämpfung
von Schundliteratur wird verbunden
mit der Verwaltung des Haushaltes des Reichs-
ministers des Inneren.

Abg. Koch (Soz.) berichtet über die Ausschuss-
verhandlungen.
Minister Dr. Koch: Ich will mein Amt sachlich
und ohne Parteigenossenschaft führen. Die öffent-
liche Ordnung im Reich muß wieder hergestellt
werden. Durch eine Reihe von Gesetzen müssen die
Zustände den jetzigen Anforderungen angepaßt
werden. Auf die Dauer gehört das Volk nur dem
Könige, der ihm die Ordnung bringt. Wer ihm die
Freiheit bringen will, muß die Ordnung bringen.
Unser Volk ist feistlich noch nicht gefunden. Darum
soll man ihm noch nicht neue Verfassungstypen
bringen. Mit dem Reichsminister bin ich der
Ueberzeugung, daß es an der Zeit ist, die Ueber-
wachung der öffentlichen Ordnung allmählich aus
den Händen des Militärs in die der bürgerlichen
Polizei zu übertragen. Zuerst soll eine Wasser-
polizei geschaffen werden, sodann eine Krimi-
nalpolizei. Die über die Grenzen der Freizustän-
de hinausreichende Aufgabe der Demokratie ist
es ferner, die Reichseinheit zu fördern. Der
Weg zum Einheitsstaat ist frei. Diese Entwicklung
kann ruhig und ohne Verletzung der Rechte der Län-
der vor sich gehen. Aber das Reich muß verlangen,
daß jede wichtige Frage als Frage des Reiches be-
handelt wird. Die Zustimmung muß immer bei
den Ländern und Kommunen liegen. Unter Veräu-
ßerung der Rechte der Beamten und unter Ein-
führung ihrer Mitwirkung muß eine Vereinheit-
lichung der Verhältnisse der Beamten angestrebt
werden. Alle Beamten, auch die höheren, müssen
auskömmliche Gehälter erhalten. Den
zukünftigen Aufgaben werden wir unsere besondere
Aufmerksamkeit widmen müssen. Auch dem
kulturellen Zusammenhang mit den Auslands-
deutschen. Die Vorarbeiten zur Schulgesetz-
gebung sind im Gange; für das Frühjahr ist eine
große Konferenz in Aussicht genom-
men. Die Bestimmungen der Verfassung bezüglich
der Schulfragen werden rücksichtslos durchgeführt
werden. Chauvinismus soll aus dem Schulleben
verbannt sein, aber nicht nationalstimmiges Gefühl. Die
Jugendwohlfahrt soll gefördert werden, zumal
in den Großstädten, besonders durch die Fort-

bildungsschule. Das Kommunalisierungsgesetz
ist in Arbeit. Fast ein Drittel der aus
Glaubwürdigkeit ausgeschiedenen Beamten konnte
untergebracht werden. Dazu kommt die Sorge für
die Landbevölkerung in den besetzten Gebieten. Den
besetzten Gebieten müssen Lebensmittel zugeführt
werden. Ein Gesetz gegen den Alkoholmißbrauch wird
vorbereitet. Ein Auswanderungsgesetz soll
unser Auswanderer denken richtig leiten und vor
Ausbeutung schützen. Ich gebe an mein Amt ohne
übertriebenen Optimismus heran; in diesem Win-
ter wird sich das Schicksal unseres Volkes
entscheiden. Auf Jahre hinaus ist bei uns keine
Regierung ohne Arbeiter möglich, aber auch keine
Regierung nur aus Arbeitern. Wir Demokraten wol-
len verhindern, dem deutschen Volke zu helfen, und
ich bitte dabei um die Unterstützung des Hauses.
(Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Das Reichs-
ministerium des Inneren muß sich für die Wissen-
schaft einsetzen. Schulen und Universitäten müssen
auf das Reich übernommen werden. Man muß
endlich über die bloßen Konferenzen hinwegkommen.
Das Germanische Museum, die Deutsche Bücherei
in Leipzig und andere großartige Institute müssen
vom Reich geübt werden. Das Kommuni-
kationsgesetz muß schnellstmöglich kommen. Wir
sind bereit, die neuen Männer im Ministerium in
ihrer Arbeitszeit zu unterstützen.
Abg. Marie Steiner (Fr.) tritt für vermehrte
Tätigkeit auf dem Gebiete der Jugendpflege
ein.

Abg. Ruffert (Dem.): Bis die Staatsfilm-
genjur kommt, muß die Filmindustrie selbst
Zensur üben. Da aber das Kino nun einmal vielen
Tausenden alles ist, so sollte es benutzt werden, um
zu belehren, im besten Sinne aufzuklären und zu
bessern. In der Jugendwohlfahrtspflege
muß eine gewisse Einheitsart im Reich gemacht
werden. Die Jugend muß auch mit der wirt-
schaftspolitisch und der sozialpolitisch be-
kannt gemacht werden, besonders in Fortbildungsschulen.
Das wird die Jugend ablenken von den
falschen und schädlichen Vermittlungen.
Abg. Dr. Delbrück (D.R.): Die Notwendigkeit der
Teilung des Reichsamts des Inneren war längst da.
Aber jetzt ist die Teilung vielleicht etwas reichlich,
und es könnte kommen, daß verordnete Materien
wieder zusammengelegt werden müssen. Der zweite
Untersuchungsausschuss im Ministerium des Inneren ist
überflüssig. Die Frage der Kriegsschuldverurteilungen
und Liquidationsgeschäden muß
beschleunigt werden. In den Ausschüssen müssen
Fachleute gewählt werden. Vorschläge sind in
ausreichender Maße zu erwägen.

Minister Dr. Koch: Ich gebe zu, daß die Zensur-
frage nicht so viel zentralisiert werden darf. In
den meisten Städten ist der Neubau von Kinos schon
beendet, und es ist verboten, so solchen Kinos
Baumaterial zu geben. Das möchte ich gerade
um die Verfolgung durchsetzen.
Abg. Wevermann (D.R.): Die große Beamten-
reform für das ganze Reich muß unter Ein-
ziehung der Beamten durchgeführt werden. Die
Rechtsreform muß beachtet werden, doch solle man die
Hochschulen nicht in bürokratische Fesseln legen.
Hier darf das Reich nur mit Geld helfen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf
morgen 1 Uhr. Außerdem: Anfragen und Reichs-
arbeitsministerium.
Schluß 6 Uhr.

Letzte Nachrichten.

Die Beerdigung der Katharina Anold.
(Eigener Drahtbericht.)

rr. Ludwigshafen, 16. Okt. Aus Anlaß der Tötung
der 17jährigen Katharina Anold aus Frankenthal
durch einen französischen Soldaten veröffentlicht der
Ludwigshafener Kommandant der Marokkanischen
Division General Dugan eine Note, in der die
Tat tief bedauert wird. Der schuldige Soldat, ein
Lazaruskrankenpfleger, und vier weitere Kranken-
pfleger, die ihn begleiteten, seien verhaftet worden,
sie würden von ein Kriegsgericht gestellt und streng
bestraft werden. Das Opfer selbst wurde gestern nach-
mittags unter großer Anteilnahme der frankenthaler
Bevölkerung zu Grabe getragen. Die staatlichen
und kirchlichen Behörden hatten Vertreter entsandt. Ein
Soldat der französischen Besatzung lagte am Grabe
der Ermordeten einen Kranz nieder; weiter ließ die
Besatzungsbehörden Reden halten. Dem Beisatzamt in
Frankenthal und der betroffenen Gemeinde für Beihilfe
ausgesprochen. Die frankenthaler Beamten- und Ar-
beiterliste bekundete ihre Teilnahme dadurch, daß
am Mittwoch mittag alle Arbeit ruhte; auch die Län-
den und Wirtschaften waren geschlossen. Heute wurde
die Arbeit wieder in vollem Umfange aufgenommen.

Veröffentlichung der Dokumente.
(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Okt. (Wolff.) Wie wir erfahren, steht
die Veröffentlichung der deutschen amtlichen
Dokumente zum Kriensausbruch unmittelbar bevor. Die
Druckeinausgabe des ersten Teils des mehrbändigen
Werkes hat soeben begonnen. Die Sammlungen er-

scheint unter dem Titel „Die deutschen amtlichen
Dokumente zum Kriensausbruch“ bei der Deutschen
Verlagsanstalt für Politik und Geschichte, Char-
lottenburg, und wird ungefähr 900 Seiten umfassen.

Paris, 16. Okt. Am Mittwoch nachmittags fand
durch Franklin Bouillon und mehrere andere
Mitglieder der Kommission für auswärtige Angele-
genheiten der Gröfsmann der berühmten eifrigen
Kasse statt, welche die stenographischen Protokolle der
beide Kamerksitzungen während des Krieges
enthielt. Abgesehen von den diplomatischen Dokumen-
ten, die nur mit Zustimmung der auswärtigen
Regierungen veröffentlicht werden dürfen, werden
alle anderen von Franklin Bouillon gesammelten
Dokumente im „Journal Officiel“ veröffentlicht.

Neue Ueberwachungsanstalten. — Die Kosten
der Befehlsarmee.
(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Okt. (Wolff.) Im Haushaltsausschuss
der Nationalversammlung teilte Reichsfinanzminister
Dr. Meißner mit, daß voraussichtlich in der Mitte
der nächsten Woche neue Ueberwachungs-
anstalten in Berlin eintreffen würden, für
deren Unterbringung vier große Hotels und die Wirt-
schaftsakademie in Aussicht genommen wurden. In-
gesamt würden schätzungsweise die Kosten der Un-
terbringung der gesamten Befehlsarmee der
Alliierten 24—3 Milliarden Mark betragen. Diese
Mitteilung des Reichsfinanzministers rief im Aus-
schuss allgemeine Entrüstung hervor. Der Minister
bemerkte, daß dieses Vorhaben eine bedauerliche
Ausnutzung des öffentlichen Geldes darstelle. Der
Berichterstatter Abg. Stülcken erklärte, die Ansprüche der
Entente gingen weit über das Maß der Billigkeit
hinaus. Solche Bedingungen müßten den Ruin
Deutschlands zur Folge haben. Im Anschlusse
wies Abg. Falk (Dem.) auf das anmaßende
Verhalten der Soldaten und Offiziere
der Alliierten im besetzten Gebiete hin, die
für deutsche Rechnung eine ungeheure Verschwendung
trieben.

Die Liquidation des Krieges durch Frankreich.
(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 16. Okt. (Globe.) Der „Matin“ erklärt, daß
das Große Hauptquartier endgültig am 26.
Oktober aufgelöst wird. Die Rheinarmee
wird durch das Kriegsministerium verwaltet werden
und militärisch unter Marschall Foch stehen. Die
Kriegsarmee wird nicht mehr bestehen.

Annahme der Inkeratensteuer.
(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Okt. (Wolff.) Am Unfallsversicherungs-
ausschuss der Nationalversammlung wurde die Inkera-
tensteuer mit allen gegen die Stimmen der Unabhän-
gigen angenommen.

Badischer Landtag.
Die Befehlszulage im Haushaltsausschuss des
Landtags.

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsaus-
schusses des Landtags wurde über die vom Badischen
Beamtenbund und den badischen Eisenbahnerorgani-
sationen geforderte Befehlszulage verhandelt.
Ein Vertreter des Beamtenbundes erklärte, der jetzige
Ausdruck sei zur Befehlszulage nicht legitimiert;
die Sitzungsperiode des Landtags sei geschlossen und
es müsse ein neuer Haushaltsausschuss gebildet
werden. Im übrigen könne er diese Revolverpolitik der
Beamten- und Arbeiterorganisationen nicht mehr
mitmachen, denn wir würden dadurch an den
Grund gefaßt.

Ein Vertreter der Sozialdemokratie glaubt,
daß man sich über die Verfassungsbedenken hinweg-
setzen könne. Die Forderungen der Beamten seien
in einem interfraktionellen Ausschuss mit Vertretern
des Beamtenbundes und der Eisenbahner besprochen
worden, da die Kosten der Lebenshaltung sehr ge-
steigert seien, sei die Zustimmung in den Verbänden
erzogen.

Finanzminister Dr. Birtz erklärte, daß wir an
einem Wendepunkt unserer Finanzpolitik angelan-
gen seien. Es handele sich nicht nur um die
Befehlszulage für die Beamten und die Eisen-
bahner, die etwa 80 Mill. Mk. erfordere, sondern
dahinter ständen neue Forderungen des Beamten-
bundes, die zusammen mit der jetzt in Rede stehen-
den Befehlszulage einen Aufwand von rund
170 Mill. Mk. ausmachten. Der Finanzminister
wandte sich dann gegen die Behauptung der „Bad.
Landeszeitung“, daß er in dieser Frage umgefallen
sei. Er könne eine Vorlage weder beim Haushalts-
ausschuss, noch beim Landtag einbringen, bevor sich
nicht die einzelnen Fraktionen über ihre grundsätz-
liche Stellung zu den Forderungen geäußert hätten.
Bisher sei dies nur von der demokratischen Fraktion
geschehen, die unter dem 3. Oktober einen Brief fol-
genden Inhalts an ihn gerichtet habe:

„Die wirtschaftlichen Verhältnisse des badischen
Staates machen auch nach der vom Finanzmini-
sterium gegebenen Uebersicht die Bewahrung weiter-
er Feuerungsbeihilfen (Befehlszulagen) un-
möglich. Wir sind deshalb nicht in der Lage, die
Staatsregierung um die Einbringung einer Vorlage
zu ersuchen. Die in der letzten Zeit eintreffende
Veränderung der Lebenshaltung der Beamten-
der Arbeiter und der weissen Staatsbürger ist zum
Teil auf wirtschaftliche Maßnahmen des Reiches
zurückzuführen. Die vom Reich keinen Beamten gewährte einmalige
Befehlszulage gibt den Beamten und Arbeit-
tern des Staates Anlaß, für sich das Gleiche zu
fordern. Da Baden außer Stande ist, die dazu nöthigen
Geldmittel aufzubringen, wird das Staatsmini-
sterium ersucht, mit der Reichsregierung in Verbin-
dung zu treten, um Maßnahmen zu treffen, die
Wirtschaft und Ungleichheiten zu beseitigen.“
Der Finanzminister besprach dann die Finan-
zlage des Landes. Durch den letztvergangenen
großen Steuernachtrag sei jetzt in Ordnung.
Die budgetmäßigen Einnahmen und Ausgaben hiel-
ten sich mit 400 Mill. Mk. die Wage. Ueber das
tatsächliche Rechnungsergebnis könne noch nichts
sicher gesagt werden. Vielleicht sei ein kleiner
Ueberschuß zu erwarten. Dagegen verlässlichere
für den Stand der Eisenbahnfinanzungen von Zug zu Zug.
Es sei im Finanzministerium berechnet worden, daß
der Eisenbahnbetrieb vom 1. Oktober ab ein tägliches
Defizit von 1 Mill. Mk. ergebe. Für die jetzigen
großen Forderungen des Beamtenbundes und der
Eisenbahner sei keine Deckung vorhanden, und es sei
auch unmöglich, durch neue Steuererhöhungen im
nächsten Jahr einen Ausgleich zu schaffen, zumal es
verpflichtend sei, daß die Einkommensteuerung vom
1. April 1920 ab auf das Reich übergehe.

In der Besprechung der badischen einzelstaatlichen
Finanzminister in Bensberg sei die Frage erörtert
worden, ob nicht das Reich auch für die einzel-
staatlichen Beamten und Arbeiter die Leistung der
Befehlszulage übernehmen müsse, nachdem es in
dieser Frage vorangegangen sei; aber bei der derzeitigen
Finanzlage des Reiches sei darauf wohl nicht
zu rechnen. Es sei auszugehen, daß die Lebenshaltung
sich bedeutend verschlechtert hat, aber es müßte
auch gesagt werden, daß die Vertreter der Beamten
und Arbeiter wenig Verständnis für die schlechte Lage
des Landes zeigten.

Ein Vertreter der demokratischen Frak-
tion äußerte sich zu dem bekannt gegebenen Brief
der Fraktion und erklärte, daß die Beratung des
interfraktionellen Ausschusses mit den Vertretern
des Beamtenbundes und der Eisenbahner am 7. Ok-
tober eine neue Sachlage geschaffen habe. Die
Fraktion habe darüber beraten, aber noch keine end-
gültige Stellung genommen. Im Hinblick
auf die schlechte allgemeine Finanzlage dürfe nicht
auf wenige Wochen hinaus Finanzpolitik getrieben
werden. Eine neue Erhöhung der Eisenbahnzölle
könne nicht vorgenommen werden, weil dadurch das
Gesichtsbild des Landes sehr beeinträchtigt würde.
Die Fortsetzung der Lebenshaltungsbefehlszulage würde
durch die Fortsetzung der Lebenshaltung nicht nur die
Beamten und Arbeiter des Staates betreffen, sondern
weiterhin die Eisenbahner, die nicht in der Lage seien, die
Lebenshaltung abzuwälzen. Bezüglich des Artikels der
„Bad. Landeszeitung“ erklärte der Redner, daß die
Fraktion sich fern halte und ihn nicht
beunruhige.

Baden nach ein sozialdemokratischer Abgeord-
neter gesprochen hatte, beantragte ein Zentrum Abge-
ordneter die Abstimmung darüber, ob in eine materielle
Behandlung der Frage eingetreten werden soll. Mit
10 gegen 6 Stimmen wurde dies verneint.

Finanzminister und Landesfinanzamt.

(Von unierem parlamentarischen Mitarbeiter.)
Baden bildet bekanntlich den Bezirk eines der durch
das neue Reichsgesetz über die Reichsfinanzverwal-
tung einzelstaatlichen Landesfinanzämter, und vom
Reich ist der badische Finanzminister Dr.
Birtz mit der Wahrnehmung der Geschäfte des
Präsidenten dieses Landesfinanzamtes
betraut worden. Gegen die Verbindung der Aemter
eines Finanzministers und eines Präsidenten des
Landesfinanzamtes sind nun in Baden rechtliche Be-
denken um deswillen aufgetreten, weil § 54 der
badischen Verfassung bestimmt, daß das Amt eines
Ministers mit einer andern selbstbestimmten Stelle
unvereinbar ist. Der Verfassungsausschuss des Lan-
des hat sich in seiner Sitzung vom Donnerstag
vormittag auf Wunsch des Finanzministers mit den
angehen Anlegenheiten beschäftigt. Nach eingehender
Ausprache wurde eine völlige Ueberreinstimmung
nach folgender Richtung erzielt: Die Verbin-
dung der Aemter eines Finanzministers und
eines Präsidenten des Landesfinanzamtes erscheint
für die Dauer einer gewissen Ueberansicht als
abgethan. Die Bedenken, die im Hinblick auf
§ 54 der Verfassung bestehen, werden beseitigt,
wenn der Minister eine Befehlszulage aus der
Reichskasse nicht erhält. Dadurch, daß etwa
die Reichskasse an die Reichskasse für die im
Kraze lebende Antragsbeamten eines Landesbe-
amten eine Veranlagung bezahlt, würde die Stelle
als Präsident des Landesfinanzamtes nicht auf einer
bestimmten Stelle.

Glossen vom Tag.

Von Karl Kohn.
„Wieder!“

In dem Aufruf der vier politischen Parteien Baden
zur endlichen Befreiung des Volkes findet sich
auch ein erstes Mahnwort an die Beamten-
schaft. Es wird bei ihr in selbstverständlicher
Ehre und in der traditionsgeprägten Auffassung
der Pflichten öffentlicher Diener nicht ungebührlich
verhallen.

Immerhin schmerzhaft auffallend darin aber ist
die Betonung „wieder“ um allen Rücksichtbewußt-
sein und zur unbedingten Aufrichtigkeit zu er-
zählen. „Wieder“ meine, eine Rückkehr sei
nicht erforderlich. Es ist bis heute mindestens
nicht bekannt geworden, daß in irgend einem ausse-
hrachten und rein amtlichen Anzeiger der einzelnen
Staatsverwaltung etwa passiv oder aktive Schritte
oder sonstige ähnliche Awanasmittel die Arbeit der
Regierung abhemmt hätten.

Im Gegenteil. Die Beamten dürfen wohl in sich
die Gewissenshaftung finden, daß sie in allem Gooßen
den Pflichten bedingungslos nachkommen sind, selbst wenn
sie allzu überraschende Maßnahmen, die über sie
hinausgehen, vielleicht da und dort als lächerliche
oder unweilene tödliche Schläge empfinden müßten.

Raubrecht.

Ein Motiv zu dem angekannten Aufruf, das ohne
Glossen nach einer Seite hin laufen könnte, bräunt
allerdings auf, wenn man zwei Laue nach ihm lesen
konnte, daß Eisenbahner sich — das Obst selber
nehmen, wenn man es ihnen nicht liefert. . . !!
Man erschrickt vor einer solch unfaßlichen Verwir-
rung realistischer Verhältnisse, die beim Beamten als
Verwalter unperfektions Gütes doppelt schärfert
sein müssen. Jeder Beamte von sittlicher Erziehung,

persönlich und öffentlich Moral wird eher weiter
hunaern, als ein selbst in diesen Seiten verhängnis-
voller verhandelter Anschauungen sans phrase
ein glattes Raubrecht zu postulieren.

Befehlszulage.

Gewiß, die Gola- und die Kartoffelrechnung droht,
die des Schneiders und Schumachers ist vollkommener
Wahnsinn und so fort, aber die Beamtenhaftigkeit
sollte trotzdem die Befehlszulage auslösen, über die
dennoch im Landtag beraten werden soll, nicht
wünschen.

Aus inneren und äußeren Gründen nicht.
Aus Scham und zur vorbeugenden Veranung
der Vorwürfe, denen die „unersättlichen“ Beamten
— je nach Bedarf aus „Sonderleibern“ genannt —
niemals entgehen werden. Dann aber als tawere,
sittliche und heilsbringende Demonstration.

Zu sagen nämlich, daß die Beamten, die aus den
Reihen des Ueberflusses in den Staatskassen, ad.
so aut tränter sind, acrne weiter entstehen, wenn
sich endlich nur eine Umkehr in der gesamten
Geldgebarung, diesem kontraktlicheren circulus vitiosus
des Geldverwertungsstaumels reinen wollte. Die
etwaigen 500 Märkte erstößen doch die Spreu im
Winde, um nicht zu saen in die Taschen der Lebens-
mittelwucherer. Der toll erworbene Strickmäs-
scherslauf des in Vertra immer höher in der
Kraft immer acnerer werdenden Geldes, der
automatisch von unbedürftiger Preisneubildung
verdrängt wird, muß aber einmal abgemittelt werden.

Welchen wir Beamte die Köpfe zusammen und
sagen wir in den Abau an. Aedelosen werden ge-
weh immer belacht und als Narren verhöhnt.
Aber ohne solche Narren“ und Opfer ab es nie
eine sittliche Aufwärtsbewegung in der Menschheit.

Zwei Sensationspremiere in Wien.

Wien, das arme, ohnmächtige, ademüthige und
politisch wie wirtschaftlich nebelhafte Wien hatte
trotz allem wieder einmal zwei akroze Laue. Und beide
verdanke es der Kunst. Die Kraufführungen von
Strauß-Sofmannstals „Kraue ohne Schatten“
und Stefan Zweis „Aeremias“ im Opern-
theater und Deutschen Volkstheater lodten eine akroze
Anzahl bitinuerter Fremder, vor allem natürlich
führende Männer der Theater- und Musikwelt, in
die von allen sonst anständig ansehene Stadt. Auch
die Teilnahme der Wiener Gesellschaft war trotz
der vieldeutigen weagen bedeutend erhöht. Preise
außerordentlich. Lane vorher war nur Strauß-
premiere in der Oper selbst im Schicksalhandel keine
Karte zu haben. Der Abend selbst — brechen wir
zunächst von ihm — fand ein dichtgedrängtes — so-
weit es die Umstände erlaubten — festlich gefeiertes
und von vornehmlich aus Enthusiasmus gefälltes
und entzündliches Publikum vor. Bedeut wurde es
diesem Publikum nicht gerade gemacht. Denn das
Sofmannstalsche Buch bietet in seiner Dunkelheit
und Vieldeutigkeit trotz akrozer dichterischer Reize
für den Durchschnittstheaterbesucher beinahe un-
überwindliche Schwierigkeiten. Und die Klarver-
ständlichen Vollkommenheit der Richard Strauß-
schen Musik kann wohl auch in ihrer ganzen über-
wältigenden Bedeutung nur dem artistisch ausbil-
deten Hörer klar werden sein.

Die Vorzüge der „Kraue ohne Schatten“ vielen
nach Art der Handlung der „Raubfeste“ in einer
aus Sinnlichem und Ueberflüssigem überbe-
rühmte Sobäre. Das Ueberflüssige herrscht vor.
Wolpe aus „Lauten und eine Nacht“, aus „Un-
dine“ und anderen Volksliedern und Märchen der
verliebtesten Reiten und Rönen Hinaen an. Die
Berlonden sind symbolisch gemeint und tragen — mit
einer einzigen Ausnahme — keinen individuellen
Namen. Geister und Dämonen acreifen jeden
Augenblick in die Sandluna ein, was sie um so
schwerer entwirrbar macht. Aber ein idöner und

tief-ethischer Grundcharakter liegt ihr trotz aller Wir-
renis anurande. Der Erlösungscharakter Wagners im
moderner Umalgestaltung. Nur Mitterlidskeit im
weitestem Sinne adelt die Kraue, und damit die Ehe.
Und Güte nur — somoh amischen Geantten als —
ins Soziale angewendet — amischen Fernerziehenden
hebt die Menschen zu höherem Sein empor und
vernichtet alle feindlichen Mächte.

Am zu diesem — vermittelnden Grundfimm hore-
audrinnen, muß man freilich viel Seltsames und
halb oder ganz Räthselhaftes mit in Kauf nehmen.
Im Mittelpunkt der Handlung stehen zwei Paare
sehr verschiedenem Herkunft. Kaiser und Kaiserin
auf der einen, der Häher und seine Frau auf der
anderen Seite. Zwischen ihnen eine hämonische
Amme als Mitterlin. Die Kaiserin, Tochter eines
Geisterfürsten, wirkt noch keinen Schatten, das
heißt: ist durch ihre Vermählung mit dem Kaiser
noch nicht völlig dem Menschen angefallen. Gewinnt
sie aber der fehlenden Schatten nicht bald, so muß
der Kaiser versterben. Die Amme vermittelt mit
höflichen Ränften und traditet die leichtfertige und
auskunftliche Räuberfrau mit Liebes- und anderer
Verführung um ihren Schatten an drellen. Weitläufig
erkennt jene dem Aufsatob aller überflüssigen Ränften
und Lüste. Allein im entsetzlichen Augenblick
wird sie doch wartend, wech ihren aralos schän-
nenden Gatten, damit er über sie wache und
entzieht sich der drohenden Verführung. Die Kaiserin
aber, von des Hähers abliehlicher Güte sich
riubri, beamt menschliche Empfindungen in
sich zu fühlen und kommt damit auf den Weg zu innerer
Läuterung. An einer Vision sieht sie das den
Kaiser erwartende furchtbare Schicksal (au Stein zu
werden) vor sich und beschließt, ihn um jeden Preis
zu retten. Die Räuberfrau läßt sich selbst von
ihrem Mann der beinahe begangenen Untreue an-
und berührt den ananen Gandel mit dem Schatten.
Der drohenden Verführung durch den nun nur
Gewalt seines Gattenrechts emporwachtenden
Mannes entzieht sie. Am Schlußfolat
neuerlichen, immer kunstholler acreifenen
fungen die endliche Erlösung. Die Kaiserin bringt



Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Gitter versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Die Anebelung des realen Handels.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Der Reichsverband der Nahrungsmittelfabrikanten und Großhändler, Sitz Leipzig e. V., veröffentlicht eine Druckschrift, die einen Schriftwechsel zwischen diesem Verband und der Reichsvertreterstelle für Nahrungsmittel und Eier, die dem Reichswirtschaftsministerium untersteht, wiedergibt.

Sier muß unbedingt eine Bevorzugung von Person- und größeren Fabriken vorliegen, es ist eine Monopolgesellschaft gegründet worden, die das Recht des Antrags und der Verteilung der von ihnen bewirtschafteten Rohstoffe hat, ohne daß der größte Teil der Industrie ein Recht auf Verteilung und Art der Verteilung geltend machen kann.

Der Reichsverband der Nahrungsmittelfabrikanten und Großhändler e. V. erhebt gegen derzeitige Maßnahmen ganz energig Einspruch und will mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dagegen kämpfen.

Wie unfinnig gewisse Reichsbehörden arbeiten, kann man z. B. schon daraus ersehen, daß die Reichsvertreterstelle für Nahrungsmittel und Eier dem Reichsverband empfiehlt, sich verkehrsfreie Rohstoffe im freien Handel zu beschaffen.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika

hat beschlossen, den Absatz für die Jahre 1914/15 bis einschließlich 1917/18 über auf den 3. November einuberufen den Sauberechnung vorzulegen und dieser die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent für das Geschäftsjahr 1914 und eine solche von je 15 Prozent für die Jahre 1915/16, 1916/17 und 1917/18 vorzuschlagen.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse.

W. Berlin, 16. Okt. Die Wänterabschwächung und der Geldüberfluß übten auch an der heutigen Börse eine die Kaufkraft attergende Wirkung aus und veranlaßten auf nahezu allen Gebieten ähnliche stümische Steigerungen wie in den letzten Tagen.

bis 20% unter Führung von Bad. Anilin. Auf dem Gebiete der Spezialwerte bildeten Steigerungen keine Seltenheit. Bevorzugt waren Sirod Kupfer und Rhein. Metall, Deutch Lebersee und andere.

Berliner Kursnotierungen.

Table with columns for stock names and prices. Includes entries like Schantungabb., Ost. St. Staatsbahn, and various other securities.

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen

Table showing exchange rates for various locations like London, New York, and others.

Frankfurter Börse.

W. Frankfurt a. M., 16. Okt. Die Spekulationsmärkte sind heute mehr dem Montanaktienmarkt über der feste Haltung zeigte. Bei steigenden Kursen wurden Mannesmann, Oberberg, umgehelt.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with columns for stock names and prices. Includes entries like Badische Anilin- und Soda-Fabrik, and other industrial stocks.

Kaufgesuche

Eude mehrere Häuser mit Wohnraum od. Geschäften, die bald beson werden können.

Piano Transatlant. in der Preisliste bis zu 2500 A zu kaufen gesucht.

Gebrauchte Möbel aus gutem Holz gef. Buffet od. Vert., Stühle, Tisch, Divan, Sofa, Kommode od. Vertiko, Küchenstuhl, 4 bis 6 Stühle, G. Stühle, Uhrenschrank 12, part.

Laden-Einrichtung für Kolonialwaren und Kleinarbeit zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 5159 ins Taablatbüro erben.

Schreibmaschine sofort zu kaufen gesucht. Reform-Verlag, Karlsruhe.

Schreibmaschine, gebraucht, gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 5160 ins Taablatbüro erben.

Kopierpresse gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 5130 ins Taablatbüro erben.

Zu kaufen gesucht 2 weiche, bester von Privat. Angebote unter Nr. 5102 ins Taablatbüro erben.

Zu kaufen gesucht von Privat. Angebote unter Nr. 5102 ins Taablatbüro erben.

Gut erhalten grauen Einheitsmantel und graue Militärhose aus weidem Stoff zu kaufen gesucht. Karlsruh, 68, V. r.

Pelerine (für Mann 1,74 m) zu kaufen gesucht. Ans. u. Nr. 5107 ins Taablatbüro.

Warning! Zähne Gebisse nicht wegschmeißen. Zahn bis 2, 4, 6, 8, 10, 12 Mk. Gebiss bis 250 Mark. Gold, Platinabfälle u. Brennstoffe kaufe zu den höchsten Preisen.

Silber, altes Gold, Platin, Zähne. Kauf zu höchsten Preisen. Weber, Horzheim, Tiefenstraße 8.

Gänselebern werden fortwährend angekauft. G. Wech, geb. Stährmer, Erbrunnstr. 21, II.

Gänselebern werden fortwährend angekauft. R. Möser, Kreuzstr. 20.

Kleider, Uniformen, Schuhe u. Wäsche jeder Art laufe fortwährend zu höchsten Preisen. E. Agler, S. Eisenweilstraße 32.

Arnold Schap. Kleider, Schuhe, Uniformen, Wäsche aller Art. Pfandkassene 2c. laufe.

Hohe Preise. Gebr. Gerrens u. Damentleid. Schuhe, Kleider, Uniformen, alt. Gold u. Silber, Wäsche, Hüde, Kommode dänische u. dänische.

Hohe Preise. für actraene Herren- u. Damentleider. Schuhe, Kleider, Uniformen, alt. Gold u. Silber, Wäsche, Hüde, Kommode dänische u. dänische.

Unterrecht. Konseruatorisch abid. Frau, wurde Säugerin unentgeltlich besicien u. Gefasandunde. Gef. Angebote unter Nr. 5071 ins Taablatbüro erben.

Ein echtes Perkolier aus Privatband zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 5102 ins Taablatbüro erben.

1 PS-Motor Drehstrom, 120 Volt, für Stern-dreieck-Schaltung, einschl. Zubehör in Kupferausführung, laufe Heinrich Baer & Söhne, Dampf-Brannweinbrennerei.

Tanzlehr-Institut Hermann Volkath 23 Sofienstraße 23. Beginn neuer Kurse: Sept. u. Oktober, Einzelunterricht - Mittags- u. Abendkurse. - Gest. Anmeldungen erben.

Tanz-Lehrinstitut J. Braunngel Nowacksanlage 13. Zu den im Oktober u. November beginnend.

Kursen erbitte baldige Anmeldungen tagl. von 12-6, Sonntags v. 11-2 Uhr.

Unterrecht. Konseruatorisch abid. Frau, wurde Säugerin unentgeltlich besicien u. Gefasandunde. Gef. Angebote unter Nr. 5071 ins Taablatbüro erben.

Med.-Rat Dr. L. Müller von der Reise zurück! Sprechstunde von 8 bis 9 u. 1/2 3 bis 1/2 4 Uhr. Redtenbacherstraße 8. Teleph. 1499.

Von der Reise zurück Dr. Buchmüller Kriegstraße 3a. Telephon 1480.

Nach Aufgabe meiner Tätigkeit am Lazarett praktiziere ich ab heute täglich von 8-4 Uhr (durchgehend). Zahnarzt W. Allers Kaiserstr. 155. Tel. 1533.

Bin unter Nr. 3311 an das Fernsprechnetz angeschlossen. Dentist Hepting Karl-Friedrichstraße 19 II. Sprechstr. 9-12 u. 2-6 Uhr, Samstag nachmittag und Sonntag keine.

Odeon-Platten. Für 2 abgespielte oder zerbrochene Platten bekommen Sie nach Ihrer Wahl ohne Zuzahlung völlig kostenlos eine gute Platte im

Odeon-Musikhaus Karlsruhe, Kaiserstraße 175. Telephon 339.

Erfindungen Patent-Bureau H. Kaller Gebrauchsmuster Warenzeichen Tel. 05. Porzheim

Schöne Mannigfaltige, Krage, Rausche, Stulpen für Damen und Kinder, schöne ladegemäße Ausführung, vorrätig a. Preise von M. 12.- an. C. E. Lohmann, Karlsruh, 23 III.

Rein Bestnäffer veräume vrali. Arzt Dr. Jollmanns, Karlsruh, das Menese, ist vord anzuwenden. Bot. geid. Anstalt kostenlos. Alter u. Geschlecht angeb. Versandhaus Medifa 25, Wünnen SW. 7.

Befeldigungs-Zurücknahme. Untersuchen Sie hiermit die gegen Leopold Deller V ausgesprochene Bescheidnang mit dem Ausdruck des Bedauerns als unmaß zurück, kahl als Buhe 20 A in die hiesige Armenkass und trägt die Kosten des Verfahrens. Karlsruhe, d. 30. Sept. 1919. Laver Heil L.

Trauer-Hüte in jeder Preislage stets vorrätig S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Statt jeder besonderen Anzeige. Am 14. Oktober verschied unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter Frau Auguste Stern geb. Curjel. Im Namen der Hinterbliebenen: Max Stern. Karlsruhe, 16. Oktober 1919. Die Einäscherung hat in aller Stille am 16. Oktober stattgefunden.

Statt besonderer Anzeige. Vergangene nacht entschiel unerwartet rasch, infolge der im Felde zugezogenen Leiden, wohl vorbereitet, unser lieber Sohn, Bruder und Schwager Rudolf Benz, Hochbauwerkmeister, Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Kl., der Bad. Verdienstmedaille und anderer Ehrenzeichen im Alter von 40 Jahren, Karlsruhe, den 16. Oktober 1919.

Statt jeder besonderen Anzeige. Heute morgen entschiel unerwartet schnell nach kurzem Kranksein unsere liebe Schwägerin und Tante Fraulein Emilie Wagner Die Einäscherung findet am Samstag nachmittag 3 Uhr statt. Karl-Friedrich- Leopold u. Sofienstr. den 16. Oktober 1919. Die Hinterbliebenen. Bitte auf Wunsch der Entschlafenen von Blumenspenden abzusehen.

Todes-Anzeige. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute früh 3 Uhr meine liebe Frau, unsere gute, treubesorgte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante Wilhelmine Pferrer geb. Weick nach langem, schwerem Leiden im Alter von nahezu 42 Jahren zu sich zu rufen.

Trauer-Hüte in jeder Preislage stets vorrätig S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Trauer-Hüte in jeder Preislage stets vorrätig Geschw. Gutmann Ecke Kaiserstr. u. Waldstr.



